

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Italien-Albanien-Deal – Der zweite Versuch scheitert

Der erste Versuch der italienischen Regierung, Migrant*innen für ein externalisiertes Schnellverfahren in Grenzzentren nach Albanien zu bringen, war schon im Oktober 2024 gescheitert (mehr Details [hier](#)). Dennoch schickte die Regierung unter Meloni am 8. November erneut [acht Menschen](#) mit dem Militärschiff LIBRA nach Shëngjin in Albanien. Einer der acht wurde noch am selben Tag aufgrund seines gesundheitlichen Zustands nach Italien verwiesen. Die anderen sieben, erneut Menschen aus Bangladesch und Ägypten, wurden, wie es der Plan der Regierung vorsieht, in das abgelegene Haftzentrum in Gjadër gebracht. Dort wurden die Asylanträge von fünf Personen im beschleunigten Grenzverfahren umgehend abgelehnt. Doch auch dieses Mal lehnten die für die Haftprüfung zuständigen Richter*innen in Rom die Inhaftierung aller Betroffenen ab, sodass diese nach Italien verlegt und in einem CARA (mehr zu den Zentren weiter unten) untergebracht wurden, wo sie gegen den Asylentscheid klagen können.

Die [Begründung für die Überstellung](#) der Migranten ist diesmal jedoch eine andere: war es beim ersten Mal noch die Frage nach der effektiven Sicherheit von sog. sicheren Herkunftsländern, stellte das Gericht diesmal die Frage nach der Vorrangigkeit von EU- oder nationalem Recht. Nach dem ersten missglückten Verbringen nach Albanien hatte die italienische Regierung ein Dekret, mit dem die Liste der sog. sicheren Herkunftsländer verändert wurde, verabschiedet und hoffte damit, eine national geltende Vorlage geschaffen zu haben. Doch das römische Gericht ließ sich darauf nicht ein. Da die Entscheidung lange auf sich warten lassen wird, wurde die Haft der Betroffenen nicht verlängert. Doch die Premierministerin Meloni zeigt sich [nicht empört über diese Entwicklung](#) – im Gegenteil: Sie scheint darauf abzuzielen, die Entscheidungen über die Inhaftierung von Geflüchteten in Grenzzentren den „unangenehmen“ und „politisch beeinflussten“

italienischen Richter*innen zu entziehen und sie stattdessen auf europäischer Ebene regeln zu lassen. Denn eine solche Entscheidung hätte nicht allein den Schutz der Menschenrechte im Fokus, sondern könnte auch von pragmatischen Überlegungen beeinflusst werden: Sollte es tatsächlich zu einem vollständigen Stopp von Rückführungen kommen, würde dies die gesamte Migrationspolitik der EU lahmlegen – ein Szenario, das kaum vorstellbar ist. Sollte Meloni also Recht behalten, könnte die Entscheidung des EuGH als Freifahrtschein für die Einrichtung von Grenzzentren sowohl in Italien als auch in Albanien dienen – je nachdem, wie der EuGH entscheiden wird.



Foto: Libra im Hafen von Shëngjin

Trotz der Entschlossenheit der italienischen Regierung mobilisiert das [Netzwerk gegen die Inhaftierung von Migrant*innen](#) in Albanien gegen den Deal. Am ersten und zweiten Dezember laden sie nach Tirana und in die Zentren Shëngjin und Gjadër zu einer Demonstration ein.

Bei der Diskussion um die italienischen Zentren für Schnellverfahren in Albanien, aber auch auf Sizilien, handelt es sich im Übrigen keineswegs um eine rein italienische Initiative: Grenzzentren sind ein zentraler Bestandteil der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die am 11. Juni 2024 in Kraft getreten ist und bis Juni 2026 national umgesetzt werden muss. Grenzzentren sollen in ihrer Form also bald an allen europäischen Außengrenzen entstehen. Deswegen könnte das Urteil des EuGH Auswirkungen auf die gesamteuropäische Migrationspolitik haben.

Musk fordert, Meloni ordert

Zeitgleich versucht die italienische Regierung, auch jetzt schon in das Justizsystem einzugreifen und den spezialisierten Immigrationsabteilungen der Zivilgerichte die Zuständigkeit für die Haftprüfung von Migrant*innen in Grenzzentren zu entziehen. Dafür soll ein Gesetz (das sog. „decreto flussi“) geändert werden. Zukünftig soll die Aufgabe nun von Berufungsgerichten übernommen werden. Diese jedoch haben weder eine entsprechende Spezialisierung noch Kapazität für diese komplexen Fälle, denn die Inhaftierung von Migrant*innen muss innerhalb von 48 Stunden gerichtlich bestätigt werden. Nach dem Sieg von Trump in den USA meldete sich auch seine rechte Hand, der Milliardär [Elon Musk](#), zu Wort: Die italienischen Richter*innen müssen unbedingt ausgewechselt werden! Dies führte zu einem lauten Widerspruch des italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella, der sich jedwede Einmischung in italienische Staatspolitik verbat. Im Gesetz sollen auch die Einspruchsfrist bei abgelehnten Asylanträgen [von 15 auf sieben Tage verkürzt](#), die Abschiebung von Asylsuchenden bei laufender Klage ermöglicht und eine [Geheimhaltungsklausel eingeführt](#) werden, um Waffenlieferungen und Ressourcen für die Migrationskontrolle in Drittstaaten zu verschleiern. Es soll voraussichtlich am 25. November verabschiedet werden. Kritiker*innen warnen, dass dieser Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit und die fundamentalen Rechte von Migrant*innen verfassungswidrig sein könnte.

Der Druck auf die Justiz wächst

Bis das Urteil vom EuGH in Luxemburg gefällt wird, welches Recht Vorrang hat, obliegt es weiterhin italienischen Richter*innen, über die Inhaftierung von Migrant*innen in Grenzzentren zu entscheiden. Diese zeigen sich bislang standhaft: Sowohl die Gerichte in Catania als auch in Palermo haben wiederholt die [Inhaftierungen aufgehoben](#).

Die italienischen Richter*innen – und damit der Rechtsstaat – stellen damit für die Regierung ein Hindernis bei der Umsetzung ihrer wohl verfassungswidrigen Pläne dar. Doch die Kritik an den Entscheidungen der Justiz beschränkt sich nicht auf sachliche Auseinandersetzungen, sondern nimmt zunehmend die Form von Hetze und

Verleumdung an. So greift [Salvini](#) die Richter*innen an: „Es scheint mir klar zu sein, dass es eine Minderheit von Richtern gibt, die Italien und den Italienern schaden, die nachts das demontieren, was wir im Namen der Sicherheit aufzubauen versuchen.“ Zudem fügte er hinzu: „Man kann vor Gericht nicht Politik machen, der Richter muss das Gesetz anwenden, nicht auslegen.“

Der Druck, den die Regierung damit auf die Justiz ausübt, ist enorm. Ein erschreckendes Beispiel ist Silvia Albano, eine Richterin, die entschied, die Inhaftierung von Migrant*innen in Albanien nicht anzuerkennen. Nach den Aussagen Salvinis erhielt sie Morddrohungen und steht inzwischen unter [Personenschutz](#). Derartige Angriffe und Einschüchterungen durch führende Regierungsmitglieder stellen nicht nur eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz dar, sondern untergraben auch die Grundpfeiler des Rechtsstaats, indem sie das Vertrauen in dessen Neutralität und Schutzmechanismen nachhaltig schwächen.



Foto: Demo in Cutro, März 2023

Neue Entwicklungen im Fall Cutro

Bei dem [tragischen Schiffsunglück](#) am 26. Februar 2023 vor der Küste von Cutro kamen mindestens 94 Menschen ums Leben, darunter 35 Kinder. Zehn weitere werden vermisst. Das Boot war aus der Türkei gestartet, mit Migrant*innen an Bord, die in Italien auf ein besseres Leben hofften. Nun wurden drei Personen angeklagt, die als „Schmuggler“ identifiziert wurden. Obwohl sie keine „echten“ Schmuggler seien, wie [Staatsanwalt Festa](#) behauptet, hätten sie eine aktive Rolle bei der Überfahrt der Passagiere gespielt. Daher [fordert die](#)

Anklage Haftstrafen von 11 bis 18 Jahren sowie Geldstrafen in Millionenhöhe wegen mehrfachen Totschlags und Beihilfe zur unerlaubten Einreise.

Die Angeklagten weisen diese Vorwürfe jedoch zurück. **Arslan, 26 Jahre alt**, erklärte: „Ich habe dieses Boot nicht gefahren, ich bin nicht wie die echten Schmuggler weggelaufen. (...) Ich habe mich ins Wasser gestürzt, um Menschen zu retten.“ Er habe lediglich als Dolmetscher agiert, als die Situation an Bord eskalierte. Arslan fragte weiter: „Damit ich das richtig verstehe: Ist die Hilfe für schwache Menschen eine Beihilfe zu einem Verbrechen?“

Der Prozess lenkt den Fokus aber auch auf die Verantwortung weiterer Akteure: **Sechs Beamt*innen** – vier der Finanzpolizei und zwei der Küstenwache – stehen vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen fahrlässigen Schiffsbruch und mehrfachen Totschlag vor. Grundlage der Anklage sind Ermittlungen, die zeigten, dass sich die Beamt*innen in den Stunden, als Informationen über die Notlage des Schiffes bekannt wurden, die Verantwortung gegenseitig zuschoben. Statt zu handeln, leiteten sie über fünf Stunden lang die Rettungsmaßnahmen nicht ein. Die Küstenwache delegierte die Aufgabe an die Finanzpolizei, obwohl diese für die damals schwierigen Wetterverhältnisse und den Seegang nicht ausreichend ausgestattet war. Erst viel zu spät initiierte die Küstenwache schließlich die Rettung.

Die Angeklagten erhalten jedoch **Rückendeckung aus der Regierung**. Matteo Salvini schüchterte die Justiz zusätzlich ein, indem er erklärte: „Bestimmte Richter sollten tausendmal nachdenken, bevor sie Frauen und Männer beschuldigen, die jeden Tag ihr Leben riskieren, um das Leben anderer zu retten.“ Dies verdeutlicht auch das Ungleichgewicht in der Behandlung der Beamt*innen im Vergleich zu den angeklagten Migrant*innen.

Zusammenarbeit zwischen Libyen und Italien

Am Rande des **Wirtschaftsforums in Tripolis** traf Premierministerin Giorgia Meloni auf Abdulhameed Mohamed Dabaiba, den Premierminister der libyschen Regierung der Nationalen Einheit, um die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen zu vertiefen. Im Fokus stand die gemeinsame Bewältigung von „Migrationsherausforderungen“.

Meloni betonte die Notwendigkeit, den Kampf gegen Menschenhandel zu verstärken und die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern zu intensivieren, wie es bereits im Rahmen des Rom-Prozesses und des Transmediterranen Migrationsforums in Tripolis vorangetrieben wurde.

Die erneut verstärkte Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen wirft erhebliche menschenrechtliche Bedenken auf, insbesondere in Bezug auf die Auswirkungen auf die Migrant*innen in Libyen. Hinter der Rhetorik der „Bekämpfung von Menschenhändlern“ verbergen sich weitreichende Konsequenzen. Wie zahlreiche internationale Organisationen seit Jahren dokumentieren, finanziert die italienische Regierung durch diese Zusammenarbeit ein System, in dem Migrant*innen systematisch für Profit ausgebeutet, erpresst, gefoltert und gefangen gehalten werden. Anstatt ihrer Verantwortung zur Aufnahme und zum Schutz von Geflüchteten nachzukommen, verweigert Italien diese weiterhin und trägt dazu bei, ein System zu perpetuieren und zu legitimieren, in dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Migrant*innen verübt werden.

Situation der Geflüchteten

Tunesien setzt Geflüchtete in der Wüste aus



Foto: Wüste an der Grenze zwischen Libyen und Tunesien

In sog. „Desert Dumps“ verschleppen von der EU-finanzierte tunesische Sicherheitskräfte immer wieder gewaltsam Migrant*innen und setzten sie in der Wüste an der Grenze zwischen Libyen und Tunesien aus. Oftmals werden Dokumente, Geld, Telefone, und Kleidung gestohlen. Selbst wenn sie gerettet werden, ist ihre Zukunft ungewiss, da vor allem Menschen aus dem Subsahararaum kaum Möglichkeiten haben, in nordafrikanischen Staaten Schutz zu erhalten. Neben Ländern wie Tunesien, über die wir auch hier schon öfter berichten haben,

sollen auch weitere Länder wie Marokko und Mauretanien in ähnliche Verfahren verwickelt sein – alle Staaten sind in Migrationsabkommen durch die EU finanziert. Mehr Infos finden sich im [Podcast](#) und in der [Dokumentation](#) der ARD.

Proteste für bessere Bedingungen in CARA-Zentren

CARA (Zentren für Asylsuchende) sind staatlich organisierte (Erst-)Aufnahmeeinrichtungen für Menschen, die in Italien Asyl beantragen möchten. Schon seit ihrer Gründung mangelt es diesen Kollektivzentren an angemessener medizinischer und psychologischer Versorgung. Die desolaten Zustände in italienischen Aufnahmeeinrichtungen sind lange bekannt, doch substantielle Verbesserungen blieben bisher aus (mehr zum Aufnahmesystem in Italien [hier](#)). Diese Missstände führten in diesem Monat zu neuen Eskalationen im CARA-Zentrum in Bari.

Ein 33-jähriger Migrant aus dem Zentrum verstarb in einem Krankenhaus, nachdem er einen Suizidversuch unternommen hatte. Laut Bewohner*innen des Zentrums sei der Mann unzureichend medizinisch versorgt worden. Und auch lokale Organisationen sprechen von „Misshandlungen, unmenschlichen Lebensbedingungen und überfüllten Schlafräumen“, die das Leben in solchen Einrichtungen prägen. Der [Tod des Mannes löste Proteste aus](#), als Freunden des Verstorbenen verweigert wurde, seine Leiche zu sehen.

Die [Protestierenden forderten](#) bessere hygienische Bedingungen, die Ausstellung von Dokumenten, eine würdigere Unterbringung und vor allem eine effizientere Organisation des CARA-Zentrums. Sie marschierten in Richtung der Präfektur von Bari, wo schließlich eine Delegation von ihnen empfangen wurde. [Berichten](#) zufolge drangen einige Protestierende in die Militärbasis von Bari-Palese ein und blockierten die Zufahrten zur Luftwaffenbasis. Die Ereignisse verdeutlichen die Dringlichkeit umfassender Reformen in Italiens Asylsystem.

Proteste in Siena: Schluss mit der systematischen Vernachlässigung von Migrant*innen

Auch auf den Straßen Sienas kommt es zu [Protesten](#): Nachdem die Polizei etwa 30 Menschen – hauptsächlich aus Pakistan und Afghanistan – von

einem Parkplatz im historischen Zentrum vertrieben hatte, entfachte sich Widerstand. Rund 200 Menschen, darunter Vertreter*innen der Demokratischen Partei, der Gewerkschaft CGIL und lokaler Initiativen, versammelten sich auf der Piazza Duomo, um auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen. Die Kritik richtet sich gegen die unzureichende Unterstützung der Migrant*innen, die oft monatelang darauf warten müssen, Asyl zu beantragen. Trotz verfügbarer Plätze in Aufnahmezentren sind die Betroffenen gezwungen, bei eisigen Temperaturen unter freiem Himmel zu überleben – meist mit nichts außer einer Decke und wenigen Habseligkeiten. Die örtlichen Behörden versagen dabei, humanitäre Hilfe zu leisten, und behandeln das Problem stattdessen als eine Frage der öffentlichen Ordnung. Doch die Demonstrierenden fassen es gut zusammen: „Aufgenommen und beherbergt zu werden, ist ein Recht, kein Privileg.“ Sie fordern ein Ende der systematischen Vernachlässigung und eine menschenwürdige Lösung für die Betroffenen.

Monitoringprojekt Arci Porco Rosso und borderline-europe: Unsichtbare Opfer – geschlechtsspezifische Gewalt gegen geflüchtete Frauen

Die Ämter sind oft nicht ausreichend sensibilisiert, die Anti-Gewalt-Anlaufstellen für Hilfe nicht bekannt, Frauen mit Gewalterfahrungen werden oft nicht ernst genommen. Über die [Mehrfachdiskriminierungen, die Migrantinnen in Palermo erfahren](#), schreibt unser Monitoring-Partner Arci Porco Rosso.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).



Zum Hören [hier](#) unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
<mailto:italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash